

Bundesministerium des Innern

Allgemeinverfügung

über die Anerkennung eines ausländischen Passes oder Passersatzes

Vom 6. Mai 2008

Mit nachfolgender Allgemeinverfügung wird hiermit auf Grund des § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 71 Abs. 6 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. März 2008 (BGBl. I S. 313) geändert worden ist, und nach § 41 Abs. 3 Satz 2 und § 41 Abs. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 8 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) geändert worden ist, bekannt gemacht:

Der seit 2004 ausgegebene Reiseausweis mit der Bezeichnung „Travel Document“ von Bahrain wird hiermit unter der Bedingung, dass die für die Rückkehr des Ausweisinhabers nach Bahrain erforderliche Rückkehrberechtigung in dem Passersatzdokument enthalten und Deutschland im Geltungsbereich eingeschlossen ist, anerkannt. Die Entscheidung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

Das nach § 71 Abs. 6 Aufenthaltsgesetz erforderliche Benehmen mit dem Auswärtigen Amt ist hergestellt.

Diese Allgemeinverfügung wird am Tag der Bekanntgabe durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger wirksam. Tag der Bekanntgabe im Sinne des § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG ist der auf die Bekanntmachung im Bundesanzeiger folgende Tag.

Der zugrunde liegende Verwaltungsakt und seine Begründung können an allgemeinen Arbeitstagen zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr im Bundesministerium des Innern,

Referat M I 3
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

eingesehen werden.

Berlin, den 6. Mai 2008
M I 3 – 125 231 BAHR/2

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
K A L I S